

Bezugspreis:

Wochenblatt 1.20 RM, monatlich 2.50 RM, frei ins Haus, wochentlich Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich 2.50 RM, ggf. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3.75 RM, für das übrige Ausland 4.75 RM, bei täglich einmaliger Zustellung 7.75 RM. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 13. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Komparatabelle kostet 1.20 RM. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 50 Pfg. (gültig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellungs- und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsanschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.20 RM die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Parteitag für die Regierung.

Stichter Verhandlungstag.

Freitag, den 13. Juni 1919.

Vorsitzender Schulz eröffnet die Sitzung und bittet zur Abstimmung über die zum Vorstandsbericht gestellten Anträge allgemeiner politischer Natur zu schreiten.

Bayer-Rindorf beantragt, Vorbereitungen zur Tagung des Parteitag am Ende dieser Woche zu treffen.

Gammel-Knobla: Ich halte es für zweckmäßig, daß wir den Parteitag nicht schieben, selbst wenn wir am Sonnabend mit unseren Arbeiten fertig sind. Wir müssen dann noch die etwa notwendige Volksabstimmung über den Frieden vorbereiten.

Vorsitzender Schulz: Halten wir doch die Geschäfte nicht durch unnötige Geschäftsordnungsdebatten auf. Ueber all das können wir uns später entscheiden. (Beifall.)

Ueber den

Einigungsantrag

in der Form, wie ihn Adolf Braun vorgelegt hat, also Einigung nur auf dem Boden der Demokratie und Verhandlungen, nur zentral, wird abschließend abgelehnt. Er wird in den einzelnen Absätzen und im ganzen gegen keine Widerheiten angenommen.

Vorsitzender Schulz: Damit ist diese Frage erledigt. Gammel-Knobla: Kein, es steht noch der Antrag auf Einsetzung einer besonderen Verhandlungskommission aus.

Vorsitzender Schulz: Wenn zentral verhandelt werden soll, kann das doch nur durch den Parteivorstand geschehen. Man kann doch die künftige Parteileitung unmittelbar bei den wichtigsten Parteiangelassenheiten ausschalten. (Lebh. Widerspruch h. einer Widerheit.)

Gammel-Knobla protestiert gegen die Wiedereröffnung der Debatte vom Vorstandsstich.

Hermann Müller: Die Verhandlungskommission müßte jedenfalls der künftige Parteivorstand sein, denn der jetzige Parteivorstand würde natürlich nicht weiter amtieren, wenn er bei den politisch entscheidenden Fragen nicht einmal mitreden darf.

Nach weiteren Ausführungen von Gammel und Kassenstein wird der Antrag auf Einsetzung einer besonderen Einigungskommission mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag auf raschere Demokratisierung. Die Annahme erfolgt einstimmig.

Die Anträge, welche ein Mißtrauensvotum gegen die Genossen im Parteivorstand oder in der Regierung ausdrücken wollen, werden zurückgezogen.

Vertrauensvotum für die Genossen in der Regierung.

Mit überwältigender Mehrheit gelangt folgende Entschließung zur Annahme:

„Der Parteitag der S. P. D. stellt die uneingeschränkte Selbstständigkeit der Partei gegenüber der Regierung und den in ihr wirkenden Parteimitgliedern fest. Der Parteitag verkennt nicht, daß unter der Regierung manches geschehen ist, das berechtigten Unmut erweckt hat und manches unterschlagen ist, das auszuführen dringend nötig gewesen wäre, aber diese Reklame und Unterlassungen sind nicht entpörenden dem Mangel an Tatkraft oder an gutem Willen, sondern sie waren die Folgen schwieriger Verhältnisse, die zu überwinden bisher nicht gelungen ist.“

Der Parteitag spricht deshalb trotz der zu tadelnden Vorkommnisse seinen in der Regierung sitzenden Genossen volles Vertrauen aus. Er erkennt das hohe Maß von Selbstverleugnung an, das sie bewiesen haben durch die Übernahme der Regierung in der Zeit höchster Bedrängnis und lähmender Herrschaft des Reichs nach innen und außen. Er dankt ihnen für die Dinge an das Ganze, mit der sie ausgehört haben, obwohl sie selbst durch den Erfolg ihrer Arbeit nicht befriedigt sein konnten. Der Parteitag führt der Regierung kräftigste Unterstützung zu bei Durchführung aller Maßnahmen, die zur Verwirklichung unserer Parteiziele und damit zum Wohle des gesamten Volkes ergriffen werden. Die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes wird hinter der Regierung stehen, wenn sie ohne Zaudern und Warten die Verwirklichung aller und allenfalls demokratisierter, das Verhältnis von Schule und Kirche zum Staat im Sinne unseres Programms erhebt, im Herrschen die erforderlichen Reformen durchführt und im Wirtschaftlichen grundlegende Veränderungen trifft, die den Forderungen und Möglichkeiten der Zeit entsprechen.

An die Parteigenossen im Reich richtet der Parteitag die Mahnung, bei der Beurteilung aller Vorkommnisse stets nur von festgestellten Tatsachen auszugehen und den Unwert von Kritiken zu erkennen, die von verantwortungslosen Leuten nur zu dem Zweck geübt werden, unsere Partei und unsere Vertreter in der Regierung in den Augen des Volkes als unwürdig des Vertrauens erscheinen zu lassen.“

Zur Frage der Freiwilligen-Korps wird der Antrag Krüger-Boldam einstimmig angenommen. Ebenso mit Mehrheit ein Japanitag, der fordert, daß unter den Truppen Aufklärungsarbeit geleistet wird, der Belagerungszustand nur verkündigt und Truppen erst dann eingesetzt werden, wenn die Parteiorganisation vorher gerüstet ist und den Befehlshabern in den heimlich besetzten Orten Genossen aus Parteifreien beigegeben werden. Alle übrigen Anträge zur Frage der Freiwilligen-Korps werden abgelehnt, ebenso gegen wenige

Stimmen der Antrag, der Kossels Rücktritt fordert. Angenommen wird eine Resolution, daß die Regierung für die vollständige Durchführung der Rede- und Pressefreiheit im ganzen Reich sorgen solle. Hingegen wird ein Antrag, überall unbedingt den Belagerungszustand aufzuheben, abgelehnt.

Die Debatte wendet sich dann den Anträgen zu, die Agitation und Organisation betreffend, besonders Presse, Bildungs- und Jugendarbeit, Frauenfrage, Agrarcommission, Programmrevision.

Die Anträge, daß Genossen, die der Regierung angehören, nicht gleichzeitig dem Vorstande oder der Kontrollkommission angehören dürften, sowie daß der organisatorische Neuaufbau der Partei unter Ausschaltung der Genossen in der Regierung stattfinden soll, werden nicht genügend unterstützt und kommen nicht zur Beratung.

Adolf Braun-Rürnberg: Die Parteipresse zu stärken und zu kräftigen, ist ein überaus wichtiges Problem. Unsere Parteipresse steht noch immer bedauerlich tief. Unter 4 bis 5000 bestehenden Zeitungen haben wir noch nicht 100 sozialdemokratische Zeitungen. Für die Kraft unserer Ideen ist es bezeichnend, daß wir trotz dieser schweren Mängel siegen. Unsere Parteipresse hat finanzielle und intellektuelle Schwierigkeiten.

Wir haben viel zu wenig Redakteure.

Die Redakteure haben keine Gelegenheit zur Fortbildung. Ihre Bezahlung ist jämmerlich, für geistige Arbeiter gänzlich unzureichend. Die Druckdrucker sollen erst an 80. Stelle der Handarbeiter mit ihren Löhnen stehen. Aber der Durchschnitt der Parteiredakteure steht noch darunter. Jedenfalls können wir dabei weder aus der Intelligenz noch aus den Handarbeitern Nachwuchs gewinnen. Der Nachrichtendienst der Partei ist noch unangebaut. Wir arbeiten mit dem schlechtesten Handwerkzeug am Telefon, an der Schreibmaschine, im Archiv, in der Bibliothek, in der Registratur. Der Parteivorstand sollte den Nachrichtendienst unter Ausschaltung der bürgerlichen Presse und aller privaten Interessen neu organisieren.

Gehrmann-Hamburg: Brauns Schilderung hat übertrieben. Die Redakteure sind im allgemeinen viel besser bezahlt als die Handarbeiter, und nur die leitenden Redakteure schlechter als bei der bürgerlichen Presse. (Widerspruch.)

Pellmann-Hamburg bespricht die Aufgaben der sozialistischen Lehrer im neuen Staat. Er verwirft auf die Schwierigkeiten, unter denen die Lehrer, vor allem die Landlehrer, noch immer in Folge der Schulbureaucratie zu leiden haben.

Frau Juchacz (Parteivorstand) hebt die Notwendigkeit einer Ausgestaltung der sozialistischen Presse hervor. Die Presse sei das wichtigste Kampfmittel auch bei der Gewinnung der Frauen. Die „Gleichheit“ werde für die Bedürfnisse des Tages angebaut werden.

Kuben-Essen sucht dem Mißtrauen gegen die neugewonnenen Akademiker entgegenzutreten.

In der weiteren Aussprache nimmt die

Frage der zweckmäßigsten Jugendorganisation

einen großen Raum ein. Die Mehrzahl der Redner würdigt die Organisation der Jugend auf das Alter von 14 bis 18 Jahren beschränkt zu sehen. Von 18 Jahren an müßten die jugendlichen Mitglieder in die Parteiorganisationen eintreten, in denen ja dann für ihre besonderen Bedürfnisse Einrichtungen geschaffen werden könnten. Weiter wird die Schaffung eines Anzeigenmonopols gefordert im Interesse der Bindung der Presseverhältnisse, aber auch im Interesse der Reichsfinanzen.

Vorsitzender Schulz erklärt erläuternd zu einem Vorgehens am Schluß der Donnerstagssitzung, daß der Jenaer Delegierte Dr. Zimmer nicht aus dem Saale gewiesen worden ist, sondern freiwillig den Saal verlassen habe.

Hoffmann-Saalfeld fügt hinzu, daß Dr. Zimmer in seiner Erregung sogar gesagt habe, er lege sein Mandat zum Parteitag nieder.

Damit schließt die Aussprache über Agitation und Organisation. Nach kurzen Schlussworten des Referenten erfolgt die Abstimmung. Der Antrag Heinrich Schulz auf Förderung des Bildungswesens gelangt einstimmig zur Annahme. Alle anderen Anträge zu dieser Frage werden damit für erledigt erklärt. Gleichfalls angenommen wird der Antrag Schulz auf Pflege der Jugendorganisation. Die Frage, bis zu welchem Alter sich die besondere Organisation der Jugend erstrecken soll, wird zurückgestellt bis zur Beratung des neuen Organisationsentwurfs. Ein Antrag Homburg auf Schaffung alkoholfreier Jugendheimen, Beweispflichtung von Jugend-Verlässen in Schulen usw., Errichtung von Jugendherbergen in den Städten und auf dem Lande und auf Junggriffnahme geeigneter Maßnahmen gegen das Ainoanwesen findet Annahme, ebenso ein Antrag Danzig, der die notwendigen sozialpolitischen Forderungen für den Jugendschutz aufstellt. Weiter wird angenommen ein Antrag Bahlstatt-Salesien auf Entmilitarisierung des gesamten Kadettenkorps. Die Kadettenkorps sollen eine Heimstätte werden für begabte und strebsame Kadetten. Der Antrag, der die Partei verpflichtet, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer nach Kräften zu fördern, findet einstimmige Annahme. Die Anträge auf Einsetzung eines Ausschusses zur Programmrevision und eines Ausschusses zur Vorbereitung eines sozialdemokratischen Agrarprogramms werden dem Parteivorstand übergeben, ebenso sämtliche Anträge auf Förderung der sozialdemokratischen Presse.

Verschärfte deutsch-polnische Spannung.

Erzberger-Note an General Dupont — Einstellung der Galier-Transporte?

Berlin, 12. Juni. (WTW.) Eine ganze Reihe höchst beunruhigender Meldungen über die Verschärfung der Lage an der deutsch-polnischen Demarkationslinie haben Reichsminister Erzberger veranlaßt heute folgendes Schreiben an den General Dupont zu richten, den Chef der französischen Militärmission in Berlin, welchem zugleich die Verbindung mit der internationalen Kommission in Warschau obliegt:

„Herr General!

Der Reichsregierung ist folgender polnischer Befehl zur Kenntnis gebracht:

„Armees, Truppe der französischen Armee, die in der Mehrzahl aus deutschen und österreicherischen Kriegsgefangenen Polen besteht, also Landesleute des jetzigen polnischen Reiches, wird jetzt der polnischen Armee zugeteilt.“

Die Republik Polen befindet sich

im Kriegszustand mit Deutschland,

sie hat auch das Recht, die Armees Haller gegen Deutschland zu verwenden.

Auf Veranlassung des Kriegsministeriums vom 3. 6. 19 werden zwei Divisionen der Haller-Armee in den nächsten Tagen nach Polen abtransportiert und dann sofort auf der ganzen Front verteilt.

Unterschrift Generalstab.

Polen J.-Nr. 378/46/A. 19.

gez. Dombrowski, Generalmajor, 8. 6. 19.“

Ferner gehen nach abgehörten Besprechungen bei Lissa die Verzögerungen der Hallertransporte nicht mehr zurück und erfolgen Ausladungen gegen Deutschland, da Befehl zum Angriff in den nächsten Tagen erwartet wird.

Außerdem sind folgende Telefongespräche zwischen Posen und Kassel bekanntgeworden:

a) Es sind keine Verzögerungen mehr nach Lissa herauszuschicken, da heute oder morgen der Angriffsbefehl kommt. Die letzten Hallerzüge werden spätestens übermorgen kommen.

b) 1 Uhr 12 Minuten kommt Hallerzug, der wird in Kassel ausgeladen. Sämtliche Hallerzüge, die noch kommen, werden in Krotoschin und Boguszytz, Puzitz und Kassel ausgeladen.

Endlich wurde in den letzten Tagen gemeldet:

a) Nach mehrfachen Ausfragen von Ueberläufern sind aus Hallertruppenteilen in Warschau Mannschaften herausgezogen, in Abteilungen von mehreren 100 Mann zusammengesetzt und nach Posen befördert worden.

b) In einem Rundspruch vom 7. 6. französischer Minister von Posen an Eisselium an das Kriegsministerium Paris, unterschrieben von General Dombor-Rudnicki, wird gebeten, vier Eisenbahnwagen mit Pneumatik und Material zur Ausbesserung, die sich auf dem Wege über St. Vidier durch Deutschland nach Posen befinden, umzuleiten, da sich die Lage verschärft habe.

Diese polnischen Maßnahmen würden, falls sie zuträfen, den Vereinbarungen des Waffenstillstandes und auch den mündlich gegebenen Zusicherungen des Marschalls Foch widersprechen.

Es ist bei den örtlichen Behörden durch diese Maßnahmen eine starke Erregung entstanden, wodurch unerwünschte Konflikte hervorgerufen werden können.

Ich bitte daher um unterzügliche Klärung und Abklärung für den Fall, daß die Nachrichten den Tatsachen entsprechen sollten, da die Reichsregierung sonst zu sofortiger Einstellung der Hallertransporte gezwungen wäre.

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit darf ich einer Antwort im Laufe des morgigen Tages ergebenst entgegensehen. Reichsminister Erzberger.

Wilde Totenfeier in Frankfurt a. Main.

Frankfurt a. M., 13. Juni. Im Zusammenhange mit dem vierundzwanzigstündigen Ausstande aus Anlaß der Trauerfeier für Rosa Luxemburg sind Demonstranten in eine Reihe von Betrieben eingedrungen und haben deren Schließung erzwungen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ verboten.

Leipzig, 13. Juni. Die „Leipziger Volkszeitung“ ist wegen eines Feuilletonaufsatzes „Standrechtlich erschossen“ in der Nummer vom Mittwoch durch den Kommandeur der hiesigen Regierungstruppen, General Gueter, bis auf weiteres verboten worden.



# Monarchistische Ausschreitungen der Emil-Barth-Garde.

Ein erster Vorfall in Graudenz.

Aus Graudenz wird uns eine sehr böse politische Ausschreitung einer Freiwilligentruppe gemeldet. Dabei müssen wir feststellen, daß es sich um Teile der Garde-Schützen handelt, eben jener Formation, der das besondere Liebeswerben der U. S. P.-Führer gilt. Unser Bericht sagt darüber:

Am 7. d. M., vormittags zwischen 10 und 11 Uhr, zog durch Graudenz eine Truppe der „Garde-Schützen“ in voller Kriegsmäntelung. An der Spitze befand sich ein Auto mit Offizieren. Dieses Auto machte auf dem Marktplatz am Denkmal „Kaiser Wilhelms I.“ Halt. Zwei Gruppen Garde-Schützen traten mit vorbereiteten Girlanden an das Denkmal heran und bekränzten das Denkmal. Die Militärkapelle spielte das Gardebild (Text: Das ist die Garde, die unser Kaiser liebt usw.) und marschierte die Truppe im Paradezug am Denkmal vorbei.

Vom Graudener Arbeiterrat wurden sofort sehr energische Vorstellungen beim Gouvernementschef des Stabes erhoben. Dieser sprach sein Bedauern über den Vorfall aus, erklärte jedoch, er könne in der Angelegenheit nichts unternehmen, da diese Truppe ihm nicht unterstellt sei. Daraufhin hat der Arbeiterrat eine direkte Beschwerde an den Reichswehrminister Rolle gesandt. In der Graudener werktätigen Bevölkerung hat der Vorgang begeisterte große Aufregung verursacht, zumal von vielen Soldaten und Offizieren keine Bahnen mitgeführt wurden, sogar mehrmals die Kaiserstandarten und Kaiserbilder.

Unser Bericht fügt hinzu, daß gerade im Osten in Ostpreußen die Ansicht vorherrscht, daß die jetzige Regierung abgelöst wird und daß etwaige Zusammenstöße mit den Polen im Osten als Ursache zu einem militärischen Putsch gegen die jetzige Regierung dienen sollen. — Diese Ansicht wird ja, wie unsere Leser wissen, auch im Berliner Organ der „Alteutschen der Deutschen Zeitung“ genährt.

Wir erwarten vom Reichswehrminister Rolle als selbstverständlich, daß er sofort die Offiziere hinabschickt, die diese monarchistische Demonstration veranlaßt haben. Nicht einen Tag länger dürfen sie im Dienst bleiben, und mit der gründlichen Ausreinigung dieser unerschämten gewordenen Gesellschaft wird der Reichswehrminister am besten das Vertrauen rechtfertigen, das ihm der Parteitag soeben bezeugt hat.

Allerdings müssen wir fürchten, daß Emil Barth künftig nicht mit solcher Energie verfahren dürfte, wenn erst die Garde-Schützen-Division in das Leibregiment Barth umgetaucht sein wird. Denn er äußerte erst jüngst in einer Reichswehr-Metallarbeiterversammlung zum allgemeinen Erstaunen, man solle nicht immer auf die Freiwilligen schimpfen, sondern sich an sie heranzumachen und sie zu gewinnen suchen. Bei solchem Liebeswerben müßte dann doch Barth oftmals Hände gerode sein lassen und auch gelegentlich eine kleine monarchistische Demonstration seiner Lieblinge in Kauf nehmen.

## Abrücken von Barth.

Niemand will's gewesen sein!

Durch die Enthüllungen Rostes auf dem Parteitag sehen sich die Fraktion der U. S. P. D. des Volkstagesrates Groß-Berlins sowie der Vorstand der U. S. P. D.-Fraktion der Arbeiterstätte der Groß-Berliner Volksversammlung zu folgender Erklärung veranlaßt:

Auf dem Parteitage der U. S. P. D. in Weimar hat der Reichswehrminister Roste Enthüllungen gemacht über Verhandlungen der „Unabhängigen“ mit führenden Offizieren der Freiwilligentruppen. Wir stellen fest, daß die obengenannten Abteilungen mit diesen Verhandlungen nicht das geringste zu tun haben. Wenn Emil Barth und andere Genossen Unterhandlungen mit Offizieren gehabt haben, so haben sie das

## Zur Philosophie der Revolution.

Von Hellmuth Galkenfeld.

Auch die Revolutionen haben ihre Naturgesetze. Sind von ihnen scheint es, so zu sein, daß der Verlauf der Revolution häufig genug sich über die Ideen hinwegsetzt, die die Revolution am Anfang einleitet haben. In unserer deutschen Revolution ist dies ersichtlich. Waren für den Anfang der Revolution die Ideen: Antimilitarismus und Demokratie noch gewaltige treibende Faktoren, so sind es heute Ideen, die fast das Gegenteil von jenen ersten bedeuten: Bewaffnung des Proletariats und Räteregierung. Mit dem Erkennen dieser Doppelseitigkeit, die in jeder Revolution vorliegt, ist freilich noch durchaus nicht gesagt, welcher Partei man sich in jenem Zweifelpunkt anschließen soll. Der objektive Standpunkt des Erkennenden ist um so weniger maßgebend für den politisch handelnden Menschen, als er häufig genug nicht die Frage stellt: Sind die Formen erreicht, sondern: Ist durch diese formale Umänderung nun tatsächlich das allgemeine Bild der Welt und vor allem die Gestaltung der Menschen, ihre Denkungsweise und ihre Motive so verändert, wie ich es von der Umänderung der politischen Formen erwartete? So wird häufig genug der psychologische Zustand des radikalen Revolutionärs sein, dem man die objektive Inkonsequenz vorwerfen kann, daß er die Formen der Politik, die er selbst fordert, nach ihrer Einführung verwirft. Diese objektive Inkonsequenz bewand angelegt hat und entläßt sehen muß, daß sich genug läßt sich einzig und allein psychologisch aus dem subjektiven Enttäuschungsgefühl des Menschen herleiten, der der Welt ein unter diesem Gewand die Welt selbst nicht verändert hat. So birgt die Erkenntnis Revolutionen sowohl für den Psychologen wie für den objektiven Forscher, sowohl für den Kulturpsychologen wie Kulturphilosophen die mannigfaltigsten Widersprüche.

Dem Standpunkt des Philosophen aus ist Arthur Lieberichs Buch: „Vom Geist der Revolutionen“ (Verlagsanstalt Arthur Collignon, Berlin) geschrieben. Er will nicht den Geist einer einzelnen geschichtlichen Revolution festhalten und deuten, sondern den allgemeinen Begriff der Revolution überhaupt. Aber er handelt auch weniger von den Individuen und ihrer ideellen Haltung zur Revolution und ihrem Verlauf selbst, als von den objektiven Bestimmungsursachen, von den überindividuellen Ursachen aller Revolutionen. Auch für ihn gilt der Begriff der Revolution in einem Widerspruch, der nicht bloß aus ihr heraus gelesen werden kann, sondern der sie tatsächlich geschichtlich weiterreißt und sie in jeder Beziehung zum Abschluß führen muß. Die Revolutionen rücken ihre gemeinsame Spitze gegen die geschichtlichen Bindungen der Tradition, Revolution heißt allgemein: Empörung gegen die Anschauung, die das Geschichtliche als solches mit seinen überlieferten Bindungen heilig spricht. Und die Revolution erhebt nun diesen geschichtlichen Bindungen gegenüber Forderungen der absoluten Vernunft, die sie an Stelle der Forderungen der bloßen Tradition und Geschichtsauffassungen setzen will. Indem aber die Revolution davon geht, diese Forderungen zu verwirklichen, unterliegt sie selbst den mannigfaltigsten Schwierigkeiten. Zunächst nämlich kann man zwei Quellen in aller Reco-

ohne jeden Auftrag gelobt und müssen die Verantwortung für ihr Vorgehen allein tragen.

Armer Emil Barth! Wäre es gelungen, wie der berühmte Pistolenanwalt, so hätte er die zweite Anwartschaft auf den Volksdeputierten in der Tasche gehabt. Jetzt schickt man ihn zum Raubtier in die Wüste. . . . Keiner hat etwas von seinem Tun gewußt. Woher denn auch?!

## Akademische Manneswürde.

Die Göttinger Studenten erlassen einen Aufruf, in dem sie sich über die Würdelosigkeit eines großen Teils der Studierenden beklagen. Am Tage nach Ueberreichung des deutschen Gegenbeschlages sah man Bierträger mit Krüge und Band zum Tanzboden eilen! Uns nimmt dies Verhalten nicht weiter wunder; die Herren, denen ihre guten „Beziehungen“ während des Krieges sichere Pöstchen gewährten, müssen doch ihrer bewundernden Mitwelt zeigen, daß sie auch noch da sind. Und da sie nicht gerade zu den Erleuchteten gehören, so verzieren sie eben ihre Männerbrust mit strahlenden Farben. Auch in Berlin macht sich ein unerschämtes aufdringliches Störpörschenwesen breit, das seine stupiden Gesichter im Vorraum der Universität — sichtlich zur Freude des Herrn Roethe, Gustav des Unbegreifbaren — zur Schau trägt. Es sind die gleichen Kreise, von denen Wendt einmal treffend im Reichstag sagte, sie möchten sich ruhig auf ihren Köpfen herumbohlen, edle Körperteile würden dabei nicht verletzt.

## Das Wirtschaftsprogramm auf dem Parteitag

In der Frage eines Wirtschaftsprogramms ist dem Parteitag eine Resolution der Genossen Hoch und Braun zugegangen, die heute zur Beratung kommen dürfte. In der Resolution sind eine Reihe von Punkten aufgeführt, die sich im wesentlichen mit dem Wirtschaftlichen Programm decken und eine Ueberführung der Produktion in die Gemeinwirtschaft anstreben. Die Partei wird aufgefordert, in der Regierung die Durchführung dieses Programms, die sofort in Angriff zu nehmen sei, zu verteidigen. Es ist beizulegen zu wünschen, daß der Parteitag durch eine entschiedene Stellungnahme in diesen grundlegenden Fragen der Regierung die Bahnen weist, in denen sie unter Unterstützung durch die Mehrheit der Partei die Widerstände gegen eine sozialistische Wirtschaftspolitik, wie sie aus der Kritik Wiffells am Gesamtkabinett in seiner bekannten Denkschrift nur zu deutlich zu erkennen sind, überwinden kann.

## Konferenz der einzelstaatlichen Minister mit der Reichsregierung in Weimar.

Den 8. d. M. wird aus Weimar gemeldet: Die führenden Minister der Einzelstaaten sind telegraphisch nach Weimar berufen und zum Teil bereits eingetroffen, um mit der Reichsregierung über die Antwort der Entente zu beraten.

## Kommunistische Putschversuche in Braunschweig.

Braunschweig, 13. Juni. Wie die Kommandantur mitteilt, gingen ihr seit einiger Zeit Nachrichten zu, welche besagten, daß die kommunistische Partei beabsichtige, mit allen Mitteln letzten Endes mit Gewalt, sich der Herrschaft im Lande zu bemächtigen. Diese Nachrichten finden ihre Bestätigung durch die gleichen Wahrnehmungen in den Hauptstädten des Kommunismus in Norddeutschland. In den letzten Tagen verdichteten sich die Meldungen dahin, daß in erster Linie Braunschweig für einen kommunistischen Putschversuch in Aussicht genommen sei, insbesondere wurde gemeldet, daß bewaffnete Matrosenabteilungen aus mehreren kommunistischen Häfen des Nordens als Einzeltruppen nach Braunschweig in Marsch gesetzt seien. Die Ueberwachung des Bahnhofs lieferte die Bestätigung dieser Nachrichten. Am 11. Juni wurde sogar eine sozialistische Bahnhofskontrolle durch Matrosen und andere Elemente ausgeübt. Auf

lution unterscheiden, die bei jener Verwirklichung der revolutionären Forderungen leicht miteinander in Konflikt kommen: einmal führen natürliche Instinkte, animalische Triebe, der Hunger auf Hunger und Durst, dazu, die Köpfe der Revolution geneigt zu machen, und auf der anderen Seite werden diese Triebe von unten unterdrückt, aber auch im Verlauf der Revolution durchkreuzt und aufgehoben von Forderungen rein geistiger Natur, von Forderungen der reinen Vernunft, die die Revolution rein in ihrem eigenen Namen und zur Befriedigung ihrer eigenen Ziele geführt wissen will. Die übertriebene Forderung rein geistiger Ideen führt zum einseitigen Doktrinarismus, während die übertriebene Hervorhebung der rein wirtschaftlichen, biologischen, naturalistischen Motive der Revolution diese selbst wieder geistig wertlos und inhaltslos macht.

Für den Philosophen jedoch bedeutet diese innere Problematik der Revolution wieder, daß sie im tiefsten Sinne, so sehr sie sich auch gegen die Geschichte ausdrückt, ein geschichtliches Ereignis ist. Denn Geschichte — und hier bricht der Dogmatische Grundzug bei dem Verfasser durch — bedeutet nicht bloß Ablauf der Ereignisse nach dem Gesetze des Zufalls, sondern Einheit ewiger Werke, deren Ewigkeit und Wertlosigkeit sich nicht etwa in einer unbegrenzten Zeitdauer, sondern in ihrer innerlichen und schöpferischen Bedeutung, in ihrer produktiven Qualität befindet. Die Dialektik der einen und unteilbaren Vernunft ist es, die sich im Gang der Geschichte durch die Entgegensetzungen der politischen und kulturellen Formen durchsetzt. Auch die Revolution ist ein Werkzeug im Dienste der ewigen Vernunft, sie steht nie über der Vernunft, sondern ist ihr untertan. „Sie stellt eine Stufe in dem ununterbrochenen und durchbrechbaren Gang der Vernunft der Geschichte dar.“ Diese Einstellung der Revolution in den Gang der Geschichte befragt aber für den philosophisch Denkenden, daß Revolution niemals der bloße Vorgeschnitt sein kann, der am Ende einer abgeschlossenen geschichtlichen Entwicklung vollzogen wird, daß sie niemals bloß Revolution ist, sondern daß im Gang der Geschichte ihre Bedeutung die ist, Evolution zu sein.

## Eine Thüringer Wanderbühne.

Die erste Wanderbühne, die von der Volkshochschule in Thüringen begründet worden ist, wird in den Monaten Juni und Juli ihre Aufführungen beginnen. Sie steht unter der Leitung Gottfried Haas-Beckers. Haas-Beckers ist der Vertreter einer Bühnenkunst, die aus dem alten Volksschauspiel herausgewachsen ist, von dem starken Eindruck des sichtbaren Bühnenbildes ausgeht und in einer ergreifenden Menschendarstellung gipfelt. Wie Prof. Theodor H. Meyer in einer letzten bei Eugen Lieberichs erschienenen kleinen Schrift „Neue Richtungslinien für die Schauspielerei“ hervorhebt, verfügt Haas-Beckers über eine bewundernswerte Spielleiterphantasie. „Er hat alles herausgeholt, was an künstlerischen Werten in den mittelalterlichen Volksspielen liegt, die einer Zeit angehören, in der eine wirkliche Volkshochschule in Deutschland geblüht hat. Nach dem Vorbild der gleichzeitigen Kunst, nach dem Muster der alten deutschen Malerei sind

keinen Fall konnte die Kommandantur diesem Treiben und dem hochverräterischen Zusammenziehen sozialistischer Kräfte untätig zusehen. Sie hat die Auflösung der gestern abend festgefundenen Zusammenkünfte veranlaßt, in der Absicht, alle Persönlichkeiten, die nachweisbar an den Vorgängen des auf den Sturz der Regierung hinstrebenden Unternehmens beteiligt sind, festzunehmen und den ordentlichen Gerichten zu übergeben.

## Deutscher Inzeratenkrieg.

Schluss mit dem Rummel!

Amsterdam, 12. Juni. Die führende holländische Presse bringt im Annoncenenteil eine volle Seite bedeckende „Der Friede“ überschriebene Gegenüberstellung der 14 Punkte Wilsons mit dem „Was seine Freunde daraus gemacht haben“ und „Wie Deutschland das Programm Wilsons zu erfüllen bereit ist“.

In führenden holländischen und deutschen Kreisen ist man sich über den Zweck dieser losspieligen Kampagne im unklaren. Durch Aufstellungen im „Telegraaf“ wird infolge der beigesteuerten redaktionellen Massen das gerade Gegenteil der erstrebten Propagandawirkung erzielt. Die Veröffentlichung im Annoncenenteil der ersten holländischen Presse muß als ungeschickt und den deutschen Interessen nicht dienlich bezeichnet werden.

Unsere guten einsichtigen Propagandakollegen haben sich während des Krieges schon so ununterbrochen blamiert, daß sie endlich auf ihren Vorbeeren zur selbigen Ruhe eingehen könnten. Der Reinfall auf den Inzeratengaukel hört an den deutschen Grenzen auf.

## Die Hüter der Demokratie.

„Gleichgültige Retouche“.

Zwei Pariser Pressestimmen sind bemerkenswert:

„Figaro“ meint, wenn die Alliierten energisch und entschlossen auftreten und unverzüglich die vorbereiteten militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen durchführen, so würden die Nachfolger Eberis (das Blatt rechnet damit, daß die Scheidemannsche Regierung selbst den abgeänderten Vertrag nicht unterzeichnen kann) nicht lange auf ihre Unterschrift warten lassen.

„Humanité“ schreibt: „Das Werk der Pariser Konferenz steht schon fest, und es ist gleichgültig, ob es dieser oder jener Retouche unterzogen wird. Es ist ein Werk des Raubes und des schamlosen Imperialismus.“

Politische Kojaken bleiben sich doch immer gleich, mögen es nun die Imperialisten an der Seine oder die Kommunisten an der Spree sein: „Demokratie absolut, wenn sie unsern Willen tut!“ Welchen Wert aber die Unterschrift einer nicht dem deutschen Volksganzen verantwortlichen Regierung hat, werden sich die Herren überlegen, wenn es zu spät ist.

## Entente und russische Weißregierung.

Läßt die Entente Koltshak fallen?

Verfaßtes, 12. Juni. Die „New York Herald“ mitteilt, bereitet der Viererrat eine Benachrichtigung an Koltshak vor, in welcher er ihn davon in Kenntnis setzt, daß die Großmächte angeht die letzten Entwicklungen in Rußland die provisorische Regierung in Rußland nicht anerkennen in der Lage seien. Diese Haltung des Viererates sei darauf zurückzuführen, daß der Viererrat die Antwort Koltshaks, namentlich betreffend Einberufung einer konstituierenden Versammlung für ungenügend hält, und daß Koltshak in den letzten Tagen eine Niederlage von den Bolschewiken erlitten habe.

Bisher war Koltshak offensichtlich der Liebling der Entente, kraft seiner Erfolge, die er gegen die Bolschewiki zu erzielen verstand und die den Fortbestand der Sowjetregierung ernstlich in Zweifel zu setzen bedrohten. Das Blatt hat sich gewendet, Koltshak holt sich Schlappen und die Entente wird kühl. Ja — und richtig — das demokratische Prinzip. Koltshak scheint ein sehr lauer Freund davon zu sein. So laßt ihn in die Wüste gehen!

die Bühnenbilder mit einer erstaunlichen Feinheit des Farbennuans und der plastischen Gestaltung und Gruppierung geschaffen.“ Diese Volkshochschule war bisher nur in den großen Städten gezeigt worden, wo sie von den Fachkreisen in ihrer Bedeutung anerkannt wurde, aber nicht recht darüber hinausdringen konnte. Die Thüringer Wanderbühne will nun mit diesen schönsten Spielen in die kleinen Städte und die Dörfer vordringen, will durch geschlossene Arbeiter- und Schülervorstellungen weiten Schichten diesen Quell erschließen. Zunächst sind zwei Vorstellungen in Aussicht genommen: erste Stücke und heitere Spiele des Mittelalters. Die erste Vorstellung umfaßt den „Lohengrin“, in dem der Tod mit allen Sünden und Geschickern zwiesprach hält und seinen Nichtspruch fällt über die Menschen, die vor ihm alle gleich sind. Daran schließt sich das „Paradiespiel“, das in der neuen und doch bedeutungsvollen Art alter Volksstücke die Erschaffung Adams und Evas, Sündenfall und Verteilung aus dem Paradies darstellt. Die heiteren Spiele bestehen in einer Bearbeitung des Grimmschen Märchens von den „Reinigen Schuhen“ und in dem verbäuerlichen „Teufelspiel“, das dem großartigsten deutschen Osterdrama, dem „Herrn von Lüttich“, entstammt.

## Notizen.

— Eine Ausstellung des Hohenheimer Altars in Berlin wird in Zuschriften aus unserem Leserkreise angeregt. Es wäre in der Tat außerordentlich erwünscht, diesen Vorschlag zu verwirklichen. Dies Wunderwerk der alten deutschen Malerei haben sehr wenige Deutsche gesehen und in Zukunft wird es, wenn es wieder nach Colmar zurückgeführt ist, wieder in seinen Dornröschenschlaf versinken. Das vor den Unbilden des Krieges nach München gerettete Werk sollte, solange es noch in Deutschland weilt, auch in Berlin gezeigt werden. Das Kaiser-Friedrich-Museum würde sich den Dank vieler sichern, wenn es die Durchführung dieser Anregung übernimmt.

— Ein Tag für Denkmalspflege. Am Montag und Dienstag findet in Berlin eine Sitzung des erweiterten Ausschusses des „Tages für Denkmalspflege“ statt. Die sich mit den Fragen der Denkmalspflege und des Heimatlichen beschäftigen wird. Die Sorge um das Schicksal der freigeordneten Schlösser hat schon im Winter zu einer Eingabe in dem Sinne geführt, daß bei der Entscheidung über die zukünftige Verwendung der Gebäude die Denkmalspflege und die Architekten automatisch zu hören wären. Außerdem soll die Staatsaufsicht über die kirchlichen Denkmäler ebenso wie die Staatsaufsicht den Kommunen gegenüber gesichert werden. Am Montag wird über „Die Zukunft der kirchlichen Schlösser“ und des sonstigen ehemaligen Kunstbesitzes beraten. In der zweiten Sitzung wird: „Die Trennung von Kirche und Staat in ihrer Bedeutung für die Denkmalspflege“ erörtert. Die Sitzungen finden in der Akademie der Künste statt.

— Kunstchronik. Bei Paul Cassirer zeigt der Holländer Hef van Tongen eine Anzahl seiner in den letzten Jahren entstandenen Werke.



# Prozess Ledebour.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde der Zeuge Reaktor Karl Leib vernommen. Er wird darüber befragt, wie und durch wen

**Eichhorn als Polizeipräsident eingesetzt**  
worden ist. Der Zeuge sagt, Eichhorn sei am 9. November im Berliner Parteibureau der Unabhängigen beschäftigt gewesen. Da dieser revolutionäre Soldaten erschienen, hätten mitgeteilt, daß sie das Polizeipräsidium eingenommen hätten und erwählten, es solle ein Vertreter der U. S. P. nach dem Polizeipräsidium kommen, um die Verhandlungen zur Uebergabe desselben zu führen und das Präsidium zu übernehmen. Eichhorn sei zu diesem Zweck nach dem Polizeipräsidium gegangen, auf sein Ersuchen sei ihm einige Stunden später auch der Zeuge Leib dorthin gefolgt. Eichhorn und Leib hätten dann mit einem Regierungsrat die Uebergabeverhandlungen geführt. Das hierüber aufgenommene Protokoll sei unterschrieben worden: „Für die unabhängige sozialdemokratische Partei Eichhorn, Karl Leib.“ Auf Grund dieser Vorgänge habe Eichhorn die Geschäfte des Polizeipräsidiums sofort übernommen und weitergeführt, er sei auch von da ab im Amt als Polizeipräsident geblieben und später vom preussischen Ministerium, das vom Volksgesetzrat eingesetzt war, bestätigt worden. — Auf Befragen gibt der Zeuge noch an, daß sich die Uebergabe nicht nur auf das Gebäude, Aften usw., sondern auch auf die gesamte Amtstätigkeit des Polizeipräsidenten erstreckte. Nach der Uebergabe des Zeugen hat Eichhorn sein Amt durch die Revolution, beziehungsweise deren Träger, die revolutionären Arbeiter und Soldaten, erhalten.

Bald nachdem Eichhorn sein Amt übernommen hatte, sei von anderer Seite Eugen Ernst als Polizeipräsident in Aussicht genommen worden, aber gegen Ernst habe sich eine starke Opposition der Berliner Arbeiter geltend gemacht. Der Volksgesetzrat habe dann entschieden, daß Eichhorn das Amt des Polizeipräsidenten behalten solle. — Auf eine Frage des Rechtsanwalts Rosenfeld antwortet der Zeuge, in der Berliner Arbeiterschaft habe damals eine sehr große Erbitterung gegen Eugen Ernst geherrscht. — Die Frage des Verteidigers nach den Gründen der Erbitterung lehnt der Vorstehende ab. — Rechtsanwalt Rosenfeld besteht auf der Stellung der Frage, weil

die Gründe, aus denen die Berliner Arbeiter gegen Ernst als hervorragenden Vertreter der Rechtssozialisten erbittert waren, den Widerstand gegen die Amtsenthebung Eichhorns erklären. Das Gericht beschließt, die Frage abzulehnen, weil als wahr unterstellt wird, daß der Angeklagte überzeugt ist, die Erbitterung gegen den als Nachfolger von Eichhorn eingesetzten Polizeipräsidenten Ernst sei begründet. —

Zeuge Leib wird gefragt, ob durch den Akt der Uebergabe Eichhorn allein oder mit Leib gemeinsam das Polizeipräsidium erhalten hätten. Für die gemeinsame Amtsübernahme spreche die Angabe des Zeugen: „Unsere erste Amtshandlung war, daß wir mit der politischen Polizei aufträmen.“ Das Uebergabeprotokoll sei ja auch von Eichhorn und Leib gemeinsam unterschrieben. — Zeuge Leib beantwortet die Frage dahin, er habe das Uebergabeprotokoll lediglich als Vertreter der U. S. P. unterschrieben, aber dadurch nicht zum Ausdruck gebracht, daß er gemeinsam mit Eichhorn die Geschäfte des Polizeipräsidenten übernehme. Es sei kein Zweifel, daß Eichhorn allein das Amt übertragen worden sei.

Augenblicklich ist weiter kein Zeuge anwesend. Der gestern geladene Zeuge v. Tzetzka ist ausgeblieben, auch Kolan ist nicht erschienen. Bachmann ist, wie der Staatsanwalt feststellt, nicht aufzufinden; er wird wegen Hochverrats und anderer Straftaten von verschiedenen Behörden gesucht. Rechtsanwalt Rosenfeld bemerkt hierzu, es sei doch auffallend, daß die Vertrauensmänner der Regierung, die hier als Zeugen vernommen werden sollen, nicht erscheinen oder nicht aufzufinden sind, wie Bachmann, der Führer der Regierungstruppen beim Sturm auf das Reichshaus gewesen sei. Staatsanwalt Humbroich widerspricht der Ansicht, daß v. Tzetzka als Vertrauensmann der Regierung angesehen werden könne. Rechtsanwalt Rosenfeld entgegnet, v. Tzetzka sei doch Vertrauensmann Fischer gewesen, denn sonst würde er von diesem nicht den Auftrag erhalten haben, Ledebour zu verhaften und zu erschließen. Der Vorstehende bemerkt, daß er doch noch nicht erwiesen, und Staatsanwalt Humbroich befreit entschieden, daß v. Tzetzka von Fischer den Auftrag erhalten habe, Ledebour zu verhaften.

der Verhandlungen der Versammlung auf jeden Fall Ruhe auf den Tribünen herrscht. Es wird daher erwartet, daß die zuhörenden Kollegen nicht durch Unruhe die Sympathie der Allgemeinheit verlieren.

**Ueberrfahren und am Kopfe schwer verletzt** wurde heute vormittag der 66jährige Rentier Wenzel aus der Viktoriastr. 80, als er vor einem Straßenbahnwagen die Straßenkreuzung Birken- Ecke Dannebergstraße überschreiten wollte.

**Alt-Ostende, Gemeindevertretersitzung.** Eingeführt wurden die Schöffen Hauelsen (Soz.) und Otto (U. S.) Erlegung der Landrats, Regierungsräte und Oberpräsidenten durch sozialistische Verwaltungsbearbeiter soll im Austrage der Gemeindevorstellung beim Minister des Innern sowie bei der preuss. Landesversammlung gefordert werden. Das Lebens- und Futtermittelamt soll von der Gemeinde getrennt und es soll hierfür eine geeignete Person auf Privatdienstvertrag mit dem Höchstlohn von 8000 M. angestellt werden. Die Errichtung eines Wirtschaftsamt wurde einstimmig beschlossen. Die Schuldeputation wird aufgelöst, und in die neu zu bildende werden Genosse Bertemann (Soz.), Genosse K. S. und Rabler (Würgerl.) hineingewählt. Der 1. und 2. Tringlichkeitsantrag betr. Ankauf von Baumaterial, Möbren, Mauersteine usw. und der 3. Tringlichkeitsantrag betr. kleinere Einbindung des Staats 1919/1920 werden einstimmig angenommen. Der letzte 4. Tringlichkeitsantrag, der die Entferrnung der im Orte befindlichen, seit 8 Wochen in Garnison liegenden Truppen fordert, wird ebenfalls von sämtlichen Fraktionen — einschließlich der Bürgerlichen — angenommen.

**Lankwitz, Gemeindevertretersitzung.** Zwei neue Gemeindeverordnete wurden eingeführt, Genosse Selow und ein Demokrat. Die Mandate sind frei geworden durch die Wahl von zwei Gemeindeverordneten zu Schöffen. Von wichtigen Beschlüssen der Gemeindeverordneten seien die nachfolgenden erwähnt. Auf einen sozialdemokratischen Antrag wurden 10 000 M. bewilligt für erholungsbedürftige Kinder unbemittelter Eltern. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, einen Boverndorfer zu erwerben, der geeignet ist, zu einem Ferienheim für Lankwitzer Kinder hergerichtet zu werden. Man hofft in diesem Heim während der Sommermonate eine größere Anzahl Kinder bei angemessener Verpflegung aufnehmen zu können. Eine sehr lebhaft entwickelte sich über die Wohnungsfrage. Genosse L. o. r. machte scharfe Angriffe gegen das an Wasser grenzende Vorgehen dieser Hausagrarier. Die bestehende Wohnungskommission forderte er zu rückwärtslosem Vorgehen gegen diejenigen Hauswirte auf, die aus nichtigen Gründen noch heute Wohnungen unbenutzt lassen. Beschlossen wurde die vorläufige Zahlung von Kosten für die Berrichtung von Kottkandwoningen. Der Wohnungskommission wurde das Recht erteilt, im Verhältnis zur Zahl ihrer Bewohner über große Wohnungen hinsichtlich solcher für diese erheblichen Teile, die ohne erhebliche bauliche Veränderungen zur Verwendung als räumlich und wirtschaftlich selbständige Wohnungen abgetrennt werden können, zu beschlagnehmen. Im Lankwitzer Villendistrikt dürfte leicht eine größere Anzahl derartiger Wohnungen zu finden sein. Beschlossen wurde, einem Antrage des Gemeindevorstandes entsprechend, den Arbeiterrat weiterbestehen zu lassen und in der bisherigen Weise zu finanzieren. Gegen den Antrag stimmte nur der deutschnationale Dr. Freier, während ein anderes Mitglied derselben Fraktion, Gage, für die Verbeibehaltung des Arbeiterrates sprach und stimmte. Ferner beschloß die Versammlung noch die Anschaffung eines Krankenautos sowie zweier Lastautos.

**Groß-Berliner Lebensmittel.**  
**Stralau.** Ab 14. Juni in den Geschäften Verkauf von Schmierseife für 2 80 M. je Stück und Waschlauge für 4 M. je Stück. Ab 21. Juni in den Geschäften auf Abkühl. 25 der Lebensmittelkarte 500 Gramm Honig, auf Abkühl. 33 der Lebensmittelkarte 100 Gramm Rindfleisch, 100 Gramm Gruppen, auf Abkühl. P 5 und Q 6 der Einkaufskarte 500 Gramm ausländisches Getreidemehl. Die Abkühlung sind bis 18. Juni in den Geschäften abzuholen.  
**Wannow.** Auf die Reichswehrlkarte in dieser Woche kann inländischen trocknen Reichswehrl auswendig Getreide, Fleisch und zwar Schweinefleisch für 11 M. je Pfund. Dillweizen, Spitzweizen und Rogg ohne Bade sind als Knochenfleisch dem Inlandvertrieb Reichswehrl und dem Rest bis zu ein Drittel der einseitigen Reichswehrl zugunsten. Rindfleisch von Minderwert und Verkauf von geodmet Schwinefleisch ist verboten. Gewähr für Teilnahmeberechtigt kann nicht übernommen werden. Daher Kaufberechtigt nur aus selbst gemahlen. Der Kaufberechtigt nicht bestehen soll, kann auf die Reichswehrlkarte der 24. Woche. Mittelteil (Gruppen) nehmen und zwar in doppelter Menge, auf jeden Abkühlung 50 Gramm.  
**Witznau.** Ab 14. Juni auf Abkühlung 22 a und a der Karte 500 Gramm Gruppen für 0,27 M., reichswehrl Badepflanzen für 3,30 M. pro Pfund, auf Abkühlung Q 4 der Einkaufskarte 250 Gramm ausländisches Mehl für 1,10 M., auf Abkühlung 13 der Karte 200 Gramm Gruppen für 0,36 M. Ware bis spätestens 21. Juni.

**Groß-Berliner Parteinachrichten.**  
**Reinickendorfer-Bez.** Sonntag, 18. Juni, 4 Uhr, in Hartmanns Brauerei, Schanzenstraße 101/104, Sommerfest der U. S. P., Sonntag, Spezialitäten und Tanz. Gäste sehr eingeladen. Mittwoch, 18. Juni, 7 Uhr, bei Dämming, Schanzenstraße, Ecke Schillingstraße, Mitglieder-Versammlung. Vorstand's-leiter freundlich eingeladen. Der Vorstand.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie, Brin.** Sonntag, 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Schröder, Chausseestr. 54.  
**Deutscher Baukulturbund.** Berlin, 13.—15. Juni. Offentliche Vorträge: Am 14. Juni, 4 1/2 Uhr, Herrenhaus: Prof. Lujo Brentano-München, Architekt und Baukulturbund; Dr. Auguste Schuchhoff-Bremen, Jugend und Baukulturbund; Prof. Dr. Nicolai-Berlin, Naturwissenschaft und Baukulturbund, Sonntag 2 R. und 1 M. Am 15. Juni, 11 Uhr, Lehrerverein: Dr. H. v. S. Berlin-Berlin, Weisheit des Baukulturbund; Dr. v. Berlin-Berlin, Deutsche Volkstümlichkeit; Prof. Ludde-München, Aufgaben der deutschen Baukulturbund, Sonntag 1 R.  
**Arbeiter-Vereinigung.** 14. Juni, 7 1/2 Uhr, Aula Niedertorwallstr. 12, Dr. H. v. S. Berlin-Berlin: Heinrich Heine als Prophet der Gegenwart. Gäste willkommen.  
**Freier Wanderbund.** Wanderfahrten, Sonntag, 15. Juni: I. Seebad-Heinrichs. Stadt, Vorortbahn 6.01. II. Eichenwerder-Heinrichs. Stadt, Vorortbahn 6.01. III. Kiefernwerder. Busch-Vorort-Heinrichs. Stadt, Vorortbahn 7.10.

## Gewerkschaftsbewegung

### Organisationszersplitterter an der Arbeit.

Im Betriebe der Berliner Hoch- und Untergrundbahn wird zurzeit von den Christlichnationalen eine arge Agitation betrieben. Die „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“ hatte vor der Revolution im genannten Betriebe das Heft in Händen und war auch sehr damit einverstanden, wenn die Angehörigen, die Mitglied im Deutschen Transportarbeiterverband waren, gemahnt wurden; denn sonst hätte die „Gewerkschaft“ es nicht dulden können, daß einige ihrer Mitglieder (Kassierbeamte und sonstige Schmarotzer) in die Versammlungen des Transportarbeiterverbandes als Spitzel entsandt wurden. Nachdem nun die Verhältnisse anders geworden und die Christen den Boden unter den Füßen schwinden sehen, schreien sie Peter und Paulus. Sie betrachten das, was für sie früher selbstverständlich war, heute als Terror und bezeichnen das Vorgehen der freigerwerblich Organisierten als spartakistisch. Ihre christliche Nächstenliebe duldet es sogar, die Kollegen sich gegenseitig aufzugeben und Maßnahmen gützudecken, die als arbeitsschädlich bezeichnet werden müssen. Das Bedauerlichste dabei ist noch, daß diese Manipulationen betrieben werden in einer Zeit, wo das Abkommen mit der Gewerkschaft abgelaufen ist und die Arbeiter bestreikt sind, Verbesserungen zu erzielen, damit sie materiell mit den Angehörigen der Straßenbahnbetriebe gleichgestellt werden. Nachdem auch die Agitation von einigen Herren, die die Bösen als Aufseher bezeichnen, nichts fruchtbar wollte, brachte die Verhandlung der Christen ein schmerzliches Gefühl in Stellung. Am 4. Juni d. J. wurde im Betriebe der Hochbahn ein Flugblatt verbreitet, worin aufgefordert wird, die gegenseitige Solidarität im Betriebe zu brechen und getrennt nach Gruppen über die geforderten Verbesserungen zu verhandeln. Dieses Flugblatt fordert das Fahrpersonal, die Blockwächter, Bahnsteigschaffner usw. auf, sich von den Werkstätten sowie den Rechn- und Brückenmeisterzweigen zu trennen. — Dasselben Ziel, das bei der Durchführung der achtstündigen Dienstadt noch bei der Verbesserung der Löhne und auch nicht bei dem Streik im Januar bilden sehen, möchten jetzt wieder im Betriebe die erste Geige spielen. Vereinzelt haben die Hochbahnangestellten in einer kürzlich stattgefundenen Nachversammlung auf dem Bahnhof Weidensee diesen Herren die richtige Antwort gegeben. Es wurde gegen 8 Stimmen beschlossen, nicht nur im Betriebe, sondern im ganzen Reichsbahngebiet Grob-Berlin's Solidarität zu üben. Die Hochbahnangestellten, Handwerker und Arbeiter werden deshalb am 13. d. M. gemeinsam und nach dem Modus freigeorganisierter Arbeiter ihre Forderungen bei der Betriebsleitung vertreten, mit dem Wunsch, daß die Berliner Arbeiterschaft überall dort, wo es möglich ist, dazu beitragen möge, daß die noch nicht aufgeklärten Angehörigen recht bald den richtigen Weg zu ihrer Berufsorganisation finden. Es wäre ferner zu wünschen, wenn die Betriebsleitung sich den gerechten Wünschen ihrer Angestellten nicht verschließen und im weitgehendsten Maße Entgegenkommen zeigen würde.

Die in der Metallindustrie beschäftigten Chauffeure stellen im Königsplatz-Kasino eine Versammlung ab, die den Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Metallindustriellen entgegennehmen. Der Berichterstatter führte aus, daß die Unternehmer sofort bei Eröffnung der Sitzung erklärten, sie könnten nur über die Lohnfrage verhandeln, da alle übrigen Fragen, gemäß des Kollektivvertrages, vor den Schlichtungsausschuss gehören. Nach längerer Beratung erklärten die Unternehmer sich bereit, einen Lohn von 115 M. pro Woche zu zahlen. Wenn dies auch noch kein ausreichender Lohn ist, so beträgt die Gehaltssteigerung doch immerhin 25 M. pro Woche. Der bewilligte Lohn tritt rückwirkend ab 2. Mai in Kraft. Da höhere Auswärtige umso nicht erreicht werden konnten, empfahl die Kommission die Annahme der bewilligten Lohnsätze. Die Abstimmung ergab die Annahme des bewilligten Lohnes.

### Die Spandauer Heereswerkstätten.

Von unrichtiger Seite wird uns geschrieben:  
Durch die Presse und auf sonstige Weise werden von interessierter Seite Nachrichten verbreitet, die darauf abzielen, eine wirklich durchgreifende Reorganisation der früheren Heereswerkstätten, insbesondere der Spandauer, zu hindern. Ein solche Reorganisation liegt aber im volkswirtschaftlichen, insbesondere im Interesse aller Steuerzahler. Die Spandauer Heereswerkstätten sind kürzlich dem Reichswehrministerium unterstellt worden. Bevor dies erfolgte, haben sie, seit der Revolution, einen Aufschwung in Höhe des früheren Ertrages der preussischen Einkommensteuer erfordert — ungerechtem Vergütung und Tilgung des Anlagekapitals. Dieser Aufschwung, der einem verhältnismäßig kleinen Aufwande zugute kam, muß von allen deutschen Steuerzahlern getragen werden. Der enorme Geldaufwand wurde dadurch verursacht, daß eine „Generaldirektion der Heereswerkstätten“, die aus früheren Beamten und einem unabhängigen — spartakistischen — Arbeiterbestand, auf ihre Weise „sozialisierte“, auf Eingreifen des Reichswehrministeriums kam es denn zur Schließung der Betriebe und dem Beschluß des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung, die Heereswerkstätten, soweit sie rentabel ausgefallen, als Staatsbetriebe weiterzuführen und auf Kosten der Steuerzahler zu stellen.  
Es ist eigentlich selbstverständlich, daß die Angriffe auf die Heereswerkstätten, soweit sie rentabel ausgefallen, als Staatsbetriebe weiterzuführen und auf Kosten der Steuerzahler zu stellen.  
Es ist eigentlich selbstverständlich, daß die Angriffe auf die Heereswerkstätten, soweit sie rentabel ausgefallen, als Staatsbetriebe weiterzuführen und auf Kosten der Steuerzahler zu stellen.  
Die Umstellung der Heereswerkstätten erfordert natürlich, daß unter der Herrschaft der Nationalversammlung mit utopischer Reorganisation der Heereswerkstätten bedarf, also nur für die strukturelle Reorganisation für einen einzigen Kaufmann keine fährende technische technische Einrichtung geben werden Verschulden im, auch keine angeblich „neu“ von interessierter Seite Stin

## Industrie und Handel.

### Börse.

Die Meldungen über das polnische Vorgehen führten zu einer Abschwächung der Tendenz an der Börse, zumal die Spekulation hinsichtlich des Entgegenkommens der Entente auf die Friedensverhandlungen nicht mehr so zuverlässig gestimmt ist. Die Kursrückgänge hielten sich aber im allgemeinen in mäßigen Grenzen. Einzelne Montanwerte, wie Wismarhütte und Schiffahrtsaktien, wie Hansa- und Hamburg-Südamerikanische Paketfahrt, gaben härter nach. Fest waren Barwerte und im späteren Verlauf auch ausländische Eisenbahnaktien. Für Elektrowerte bestand ebenfalls ziemlich gute Meinung. Devisenische Anleihen gaben mäßig nach. Kriegsanleihen stellten sich auf 7 1/2 Proz.

## Groß-Berlin

### Rosa Luxemburgs Beerdigung.

Heute wurde Rosa Luxemburg zu Grabe getragen. Das Beisetzungsgeleit gestaltete sich zu einer gewaltigen politischen Kundgebung.

Der Trauerzug ordnete sich auf der großen Spielwiese im Friedrichshain. Eine unabherrschbare Menge strömte in unaufhörlichem Zuge der Spielwiese zu, auf der die zahlreichen Kranzdeputationen aufgestellt nahmen. Gegen 12 Uhr erschien der Beisetzungsgeleit mit dem Sarge Rosa Luxemburgs, der nur von wenigen Kranzen bedeckt war, von solchen der U. S. P., der U. S. D., der russischen und der ungarischen Sowjet-Republik, der Akademie der Wissenschaften in Moskau, deren Mitglied die Verstorbene gewesen ist, und einem Kranz, den 20 im Justizhaus sitzende Mitglieder der U. S. P. gestiftet hatten. Erschienen waren fast alle bekannten Führer der U. S. P. D. und der U. S. D., wie Haase, A. Hoffmann, Rosenfeld, Th. Niedner, Clara Zetkin, Sturm u. a. m. Zahlreiche Stegreifredner beschäftigten die Massen bis zum Beginn der offiziellen Reden. Diese wurden von sechs Rednern gehalten. Es sprachen für die kommunistische Partei: Eberlein, Frölich, Dr. Schröder, Lange, Rasch, Kante. Alle wiesen darauf hin, daß Rosa Luxemburg ein Opfer ihrer Idee werden mußte, weil diese mit dem Kapitalismus und dem ihm verwandten Militarismus unvereinbar in Einklang zu bringen war. Rosa Luxemburg mußte fallen, die Idee aber lebt weiter, und die kommunistische Partei wird nicht eher ruhen noch rasten, bis diese Idee zur Wirklichkeit geworden ist.

Gegen 11 Uhr setzte sich der Beisetzungsgeleit unter Vorantritt einer Musikkapelle in Bewegung. Es folgten ihm die Führer der Parteien, die Freunde der Verstorbenen und die Kranzdeputationen, denen sich die zahllosen Abordnungen der Vereine angeschlossen.

Zu dem Zusammenstoß zwischen Regierungstruppen und Eisenbahnarbeitern bei Biedersdorf teilte der Deutsche Eisenbahner-Verband, Ortsverwaltung Groß-Berlin, mit, daß von seiner Seite die am 8. Juni im „Normants“ gegebene Darstellung voll und ganz aufrechterhalten wird, während er in der vom „Vorwärts“ vom 11. Juni gebrachten Entgegnung eine einseitige und missverständlich falsche Darstellung stellt. Zum Beweise, daß die Darstellung der Entgegnung nicht richtig sein könne, weist der Eisenbahner-Verband darauf hin, daß Biedersdorfer niemals mit Schraubenschlüssen arbeitete, sondern zum Stopfen der Eisen (Epithoden) und zum Schaufeln Spaten brauchte. Der Eisenbahner-Verband betont noch, daß sein Bericht nicht einseitig von nur einem Arbeiterratmitglied gegeben wurde, sondern daß sämtliche Zeugen auf Arbeiterricht unter Mitwirkung eines Direktionsvertreter, des Regierungsrats Zander, im Beisein der betreffenden Vorführer und Ausschussbeamten vernommen wurden und dahin ausdieselt haben. — Es liegt hier also der nicht seltenen Fall vor, daß derselbe Vorgang von zwei bestreuten Parteien genau entgegengesetzt dargestellt wird. Klarheit muß hier die gerichtliche Untersuchung schaffen.

Zwischen ist und auch eine Arbeiterricht der Beiratsversammlung der Bahnmeister 73 ausgearbeitet. Die wir nicht früher veröffentlichten konnten, da das vom 7. Juni datierte Schreiben den Poststempel vom 11. Juni trägt und erst am 12. Juni bei uns in unsere Hände gelangte. Die Entschuldigungsverantwortung der Redaktion des „Vorwärts“ und einmütige Beteiligung an dem beschlossenen Protestbrief.

Für die Besucher der Berliner Stadtverordnetentribüne, besonders für die Beamten, Angehörigen und Hilfskräfte des Reichswehrl, war folgendes Flugblatt bestimmt, das (wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt) vor der gestrigen Sitzung am Tribünen-empfang verteilt wurde:

Am Interesse unseres Standes und der ungeklärten Durchführung unserer Forderungen ist es dringend ratsam, daß während



